

# **Fachinformation Dr. Hans Penner**

## **Bürgerdialog**

[www.fachinfo.eu](http://www.fachinfo.eu)

### **Gabriel, Sigmar; Vorsitzender der SPD**

[partei.vorstand@spd.de](mailto:partei.vorstand@spd.de)

[www.fachinfo.eu/gabriel.pdf](http://www.fachinfo.eu/gabriel.pdf) - Stand: 11.11.2013

Schreiben H. Penner vom 11.11.2013

Sehr geehrter Herr Gabriel,

für die Beantwortung meines Schreibens durch Herrn Sobolewski danke ich vielmals. Siehe [www.fachinfo.eu/gabriel.pdf](http://www.fachinfo.eu/gabriel.pdf).

Es ist sehr zu begrüßen, daß Sie schreiben „Die SPD steht für einen starken Industriestandort Deutschland“. Es bedarf keiner Diskussion, daß die Stärke eines Industriestandortes wesentlich von den Kosten des elektrischen Stromes abhängt. Es geht in erster Linie nicht darum, wie man die Stromkosten verteilt, sondern darum, wie man den Strompreis möglichst niedrig hält.

Wenn Sie tatsächlich an einem niedrigen Strompreis interessiert sind, werden Sie sich gegenüber Frau Merkel für die Abschaffung des EEG einsetzen müssen. Dieses Gesetz ist überflüssig wie ein Kropf und treibt den Strompreis drastisch in die Höhe. Das EEG ist überflüssig, weil Kohlendioxid-Emissionen keinen erkennbaren Einfluß auf das Klima haben. Auch Frau Merkel ist nicht in der Lage, einen Klimaeinfluß des Kohlendioxids zu begründen, obwohl sie Physikerin ist.

Das EEG ist in hohem Maße volkswirtschaftlich schädlich, weil es zur Subventionierung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden zwingt. Wind- und Solarstrom können sich in einer freien Marktwirtschaft niemals durchsetzen, weil Energiedichte und Stetigkeit viel zu gering sind.

Das EEG richtet auch deshalb so großen Schaden an, weil es drastisch die Entfernung von Stromerzeugung und -verbrauch vergrößert. Teure Stromleitungen sind erforderlich, die Stromleistung vergeuden.

Einen weiteren Schaden richtet das EEG an durch die Destabilisierung der Stromversorgung. Mit großflächigen Stromausfällen muß gerechnet werden.

Die Energiepolitik der Frau Merkel ist ausgesprochen stümperhaft. Es entsteht der Eindruck, daß Frau Merkel die Desindustrialisierung Deutschlands und die Enteignung der Bevölkerung zum Ziel hat. Zu erwarten ist, daß Sie in einer Großen Koalition nicht die Kraft haben, um gegen Frau Merkel Widerstand zu leisten. Frau Merkel hat die geballte Macht des kapitalistischen Bankwesens im Rücken.

Ich bemühe mich um eine Verbreitung dieses Schreibens. Leider gibt es kaum Abgeordnete, die geistig in der Lage sind, Energieprobleme zu durchdenken. Sie sollten die Meinung von Fachleuten über die katastrophalen Auswirkungen der Energiewende beachten: <http://www.rentnerblog.com/2013/11/die-deutschen-evu-machtig-unter-druck.html>

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben B. Sobolewski, SPD-Parteivorstand vom 05.11.2013

Sehr geehrter Herr Penner,

vielen Dank für Ihre E-Mail, die uns am 30.10.2013 erreicht hat.

Sie haben insofern Recht, als die Energiepolitik und die Frage nach der Strompreisentwicklung einen wichtigeren Stellenwert in der politischen Diskussion erlangen muss. Denn die Belastbarkeitsgrenze bei Verbraucherinnen und Verbrauchern ist erreicht. 5 Euro mehr auf der Stromrechnung bedeutet für viele Menschen Verzicht an anderer Stelle. Gleichzeitig wissen wir, dass sich die energieintensive Industrie in Deutschland in einem internationalen Wettbewerb gegen subventionierte Energiepreise behaupten muss.

Die SPD steht für einen starken Industriestandort Deutschland. Wenn aber jetzt ein Drittel der Anhebung der EEG-Umlage allein auf die Subventionen an energieintensive Unternehmen zurückgeht, dann ist es verständlich, dass die Betroffenen - die Bürgerinnen und Bürger und auch der gewerbliche Mittelstand - genau hinsehen.

Deshalb ist es wichtig zu klären, auf welche Schultern die Umlage verteilt wird. Denn die noch amtierende

Bundesregierung hat den Kreis der betroffenen Unternehmen extrem ausgeweitet. Das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) hatte 2012 insgesamt 734 Unternehmen befreit, 2013 sind es knapp dreimal so viele, nämlich 1969. Für 2014 beantragen circa 4800 Unternehmen die Befreiung. Durch die gießkannenartige Ausweitung kommt es zu einer enormen Entsolidarisierung beim Projekt Energiewende. Zu viele entziehen sich der Verantwortung. Die EU-Kommission sieht in der Umlagebefreiung mittlerweile eine unlautere Subventionierung, die ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleiten könnte.

Die SPD fordert hier eine klare Grenze: Wenn energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb in ihrer Existenz bedroht sind und dann abwandern, ist niemandem gedient. Die industrielle Basis in Deutschland ist auch ein Garant für die Energiewende. Für die Umsetzung der Energiewende brauchen wir auch Kupferwerke und Aluminiumhütten. Wichtig ist hier, diejenigen, die im internationalen Wettbewerb agieren, zu schützen. Aber die Schlachthöfe, Golfplätze und Bekleidungshäuser, die ebenfalls eine Befreiung fordern, müssen an den Kosten der Energiewende beteiligt werden.

Auch bei den Endkundinnen und -kunden muss auf der Stromrechnung sichtbar sein, dass Sonne- und Windenergie günstig sind. Die günstigen Handelspreise an der Strombörse werden derzeit nicht weitergegeben. Auch hier muss es das oberste Ziel der neuen Regierung sein die Preisschraube zu stoppen.

Planungs- und Investitionssicherheit, ein stabiler Netzbetrieb und ein hohes Maß an Versorgungssicherheit müssen wieder zum Kennzeichen der deutschen Energiepolitik werden.

Wir brauchen daher eine grundlegende Reform des EEG. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss langfristig in den Kosten begrenzt werden. Kurzfristig brauchen wir eine spürbare Senkung der Stromsteuer.

Bisher gab es keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern und den Akteuren der Energiewende. Wir brauchen aber endlich ein effektives Management der Energiewende, die Kompetenzen in der Energiepolitik müssen stärker gebündelt werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus Björn Sobolewski SPD-Parteivorstand

#### Schreiben H. Penner vom 02.11.2013 an Bürger und Abgeordnete

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Situation der Stromversorgung ist prekär infolge der katastrophalen Energiepolitik der Frau Merkel. Bei Wind und Sonne wird zuviel Strom produziert, der vergeudet oder dem Ausland aufgedrängt werden muß, aber von den Bürgern zu bezahlen ist. Nachts und bei Flaute müssen klassische Kraftwerke einspringen, die jedoch nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können und zunehmend außer Betrieb genommen werden.

Mit großflächigen Stromausfällen muß gerechnet werden, die pro Stunde 600 Millionen Euro kosten. Der Strom wird immer teurer. Etwa 600.000 Haushalte können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Deutschland wird desindustrialisiert. Die BASF will auswandern oder zumindest ihre Ammoniak-Produktion ins Ausland verlegen. Die Aluminium-Industrie ist bereits verschwunden.

Ursache dieser chaotischen Verhältnisse ist die unsinnige Hypothese der Anthropogenen Globalen Erwärmung. Eine kurzgefaßte Begründung, weshalb Kohlendioxid-Emissionen keinen erkennbaren Einfluß auf das Klima haben, steht in [www.fachinfo.eu/fi130.pdf](http://www.fachinfo.eu/fi130.pdf)

Um eine Verbreitung dieses Schreibens wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner